

-1 APR. 1963

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/63

Bonn, den 1. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Vertrauenszuwachs

48

Zur Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

2 - 3

"Möglichkeiten zur Stabilisierung der demokratischen Ordnung"

74

Herbert Wehner vor der "Katholischen Akademie in Bayern"

Der Graben des Feindverhältnisses  
zwischen CDU/CSU und SPD soll zugeschüttet werden

4 - 5

Am Beispiel der jungen Generation

66

Zur Gründung des Europäischen Jugendrates  
und des Bundes Atlantischer Jugend  
Von Waldemar Ritter

6

Abschreckende Wirkung der Todesstrafe?

48

Eine Untersuchung der Vereinten Nationen  
Von Bruno Kuster, Genf

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Vertrauenszuwachs

### Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

sp - Die Überraschung ist größer, als angenommen worden war. Die Verluste der CDU bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz gehen über die Befürchtungen dieser Partei hinaus und übertreffen die Erwartungen der Sozialdemokraten. Die Mandatsverluste der CDU und die Gewinne der SPD gleichen sich aus. Die Partei Konrad Adenauers muß sich nun mit 44 Mandaten von 100 begnügen, dicht gefolgt von den Sozialdemokraten, deren Mandatszahl von 37 auf 43 anstieg - ein erfreulicher Zuwachs, wenn man die für die SPD besonders schwierigen Verhältnisse in Rheinland-Pfalz berücksichtigt.

Dagegen nimmt sich der FDP-Gewinn von einem Mandat (von neun auf zehn) recht bescheiden aus. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1961 fiel die FDP prozentual stark zurück.

Der Stimmengewinn der SPD für den gleichen Zeitraum beträgt 54.000. Vergleicht man das letzte Ergebnis mit den Landtagswahlen von 1959, dann ergibt sich für die SPD ein Stimmenzuwachs von 117.000. Die CDU verlor seit 1959 rund 50.000 Stimmen. Mit über 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen nimmt nun die SPD eine achtunggebietende Position ein, wie sie sie noch niemals in Rheinland-Pfalz besass.

Auf der Suche nach den Ursachen des Rückganges der CDU und des Vertrauenszuwachses der SPD genügt wohl nicht der Hinweis auf die etwas geringere Wahlbeteiligung. Frühere CDU-Wähler, die dieser Partei zweimal zur absoluten Mehrheit im Landtag verhalfen, wollten sie nicht mehr wählen, konnten sich aber auch nicht für deren große Konkurrentin entscheiden. Das mag und wird sich im anhaltenden Prozeß der politischen Willensbildung noch ändern.

Daß die Deutsche Reichspartei (DRP) und die DFU (Die Freunde Ulbrichts) halbiert wurden, ist Anlaß zur Genugtuung. Die DRP hat damit ihr einziges Mandat verloren. Der politische Radikalismus und Extremismus haben auch in diesem Lande keinen Boden. Die Masse der enttäuschten CDU-Wähler wendete sich der Sozialdemokratie zu; sie wird zum Auffangbecken aller, die ihre Schritte dem Morgen zuwenden. Die Wähler beurteilen die Parteien nach den Männern und Frauen, die sie herausstellen, aber auch nach den Antworten, die sie auf die Frage vom Heute und Morgen zu geben haben.

Hier schlägt der Sozialdemokratie auf Länder- und Bundesebene steigendes Ansehen zu Buche. Natürlich haben auch bei dieser Wahl bundesrepublikanische Aspekte ihren Ausschlag bei der Wählerentscheidung gegeben. Die selbstverschuldeten Affären der CDU, die schleichende Krise in ihrer Parteiführung, das Sichtbarwerden eines schwankenden, fester Zielsetzung mangelnden Regierungskurses, die sich entwickelnden Diadochenkämpfe um die Nachfolge Adenauers, das Unvermögen der jetzigen Bundesregierung, dem Volke Klarheit und Sicherheit für den Weg von morgen zu geben, all das findet in einem kritisch gewordenen Volk seinen Niederschlag.

Das Wahlergebnis von Rheinland-Pfalz spricht ja nicht für sich allein, ihm sind ähnliche Veränderungen in der Wählerschicht bei den Wahlen in Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und zuletzt in Berlin vorausgegangen, bei denen sich als überragende Komponente ein zunehmendes, sich verdichtendes Vertrauen zur SPD herausstellte. Dies kommt nicht einfach daher, weil lange Zeit die Verantwortung tragenden Regierungen einem angeblichen Abnutzungsprozeß unterliegen. Diese Behauptung stimmt nicht. Ein Blick auf das Nachbarland Hessen, wo Sozialdemokraten fast

ununterbrochen seit 1946 die Geschicke des Landes leiten, müßte die CDU von Rheinland-Pfalz hier eines Besseren belehren.

Freilich, auch bei Landtagswahlen legen die Wähler ihre kritische Sonde an, beurteilen die Bilanz der jeweiligen Regierung. Für die Regierung Altmeier wies die Bilanz erhebliche Mängel auf, begleitet von einem umfangreichen Sündenkatolog. Auf dem heiklen schulpolitischen Gebiet war die Politik des Kabinetts mehr rückwärts gerichtet, und es ist wiederum kein Zufall, dass sozialdemokratisch regierte Länder und Stadtstaaten in ihnen, auf die Ertüchtigung der Jugend hinzielenden Bestrebungen mehr dem Geist der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts entsprechen. Die Vernachlässigung von Gemeinschaftsaufgaben rächt sich heute für jene, die dafür verantwortlich sind. Auch dafür muß die CDU in Rheinland-Pfalz büßen.

Das Eis ist gebrochen. Es gibt zwischen den Wählern keine unüberwindbaren Barrieren mehr. Die Zeiten, in denen Vorurteile Wahlentscheidungen beeinflussten, scheinen vorüber zu sein. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Politik der Parteien in ihrem Verhältnis zueinander. Dieser Prozeß der Auflockerung, wiederum bestätigt durch das Ergebnis von Rheinland-Pfalz, ist ein Gewinn für die deutsche Demokratie.

#### Aufschlußreiche Einzelergebnisse

Die Behauptung der CDU, das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz sei u.a. auf geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen, ist nicht stichhaltig. In den traditionellen Hochburgen der CDU erreichte die Wahlbeteiligung z.T. über 80 Prozent. Aber gerade hier sind die Verluste der CDU besonders empfindlich. So verlor die CDU in St. Goar-Land 5 Prozent, während die SPD 7 Prozent gewann. Im Kreis Zell an der Mosel büßte die CDU 7 Prozent ein, die SPD gewann 7,2 Prozent und die FDP 1 Prozent. Im Wahlkreis Cochem verlor die CDU 4 Prozent, die SPD nahm 6 Prozent zu. In der Stadt Trier bucht die CDU einen Verlust von 5 Prozent, die SPD einen Gewinn von 5 Prozent. In Wittlich hat die CDU einen Verlust von 5 Prozent, die SPD gewann 7 Prozent. Im Landkreis Bingen verlor die CDU 3 Prozent, während die SPD 7 Prozent gewann und auch die FDP um 1 Prozent zunahm.

Wie sehr der SPD der Einbruch in die ländlichen Gebiete gelungen ist, zeigen einige charakteristische Ergebnisse. So büßte in Kirchheim-Bolanden die CDU 4 Prozent ein, während die SPD 10 Prozent gewann und auch die FDP ihren Stimmenanteil um 1 Prozent erhöhte. Die Verluste der CDU im Landkreis Mayen belaufen sich auf 8 Prozent, im Landkreis Saarburg auf 5 Prozent. In den gleichen Kreisen gewann die SPD 6 bzw. 7 Prozent. In den Kreisen Kreuznach-Land gewann die SPD 9 Prozent (Verlust der CDU 4 Prozent), in Altenkirchen-Land Gewinn der SPD 8 Prozent (Verlust der CDU 6 Prozent), in Birkenfeld-Land Gewinn der SPD 10 Prozent (CDU-Verlust 2,5 Prozent). In Simmern-Land Gewinn der SPD 12 Prozent (Verlust der CDU 3 Prozent).

Die Deutsche Reichspartei (DRP), die sich mit einem erstaunlichen Propagandaaufwand in den Wahlkampf stürzte, und besonders dort aktiv war, wo Winzer und Bauern Bedenken gegenüber der EWG haben und dort, wo ein großes Aufgebot an Zivilpersonal bei alliierten Streitkräften anwesend ist, verlor sie 40 Prozent ihres Bestandes von 1959. Sie ging von 5,2 auf 3,1 Prozent zurück.

Auch die Freunde Ulbrichts (DFU), die sich in einzelnen Orten gewisse Chancen ausgerechnet hatten, mußten einsehen, daß sie nichts zu melden haben. Im Gesamtergebnis erzielten sie nur 1,3 Prozent der Stimmen.

+ + +

## "Möglichkeiten zur Stabilisierung der demokratischen Ordnung"

Herbert Wehner vor der "Katholischen Akademie in Bayern"

Der Graben des Feindverhältnisses

zwischen CDU/CSU und SPD soll zugeschüttet werden

Dr.H.E. - Das "Münchener Wochenende" vom 30. und 31. März 1963 sollte in der deutschen Innenpolitik sein gerüttelt Maß an Bedeutung erhalten. An diesen beiden Tagen hatte die "Katholische Akademie in Bayern" unter ihrem rührigen und einflußreichen Direktor Dr. F o r s t e r im Münchener Kardinal Wendel-Haus mit ihrer Tagung zur Untersuchung der "Möglichkeiten zur Stabilisierung unserer demokratischen Ordnung" der deutschen Politik eine in diesem Bereich bisher wohl einmalige und dankenswerte Chance zu einer öffentlichen Begegnung zwischen CDU/CSU und SPD geboten, deren Auswirkungen zur Stunde kaum zu übersehen sind.

Vor einem ausgewählten und sehr aufmerksamen Publikum trugen maßgebende Sprecher der beiden großen Parteien ihre konturierten Auffassungen zum brennenden Problem der Stabilisierung der Ordnung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vor; der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner, der Bundestagsvizepräsident Dr. Richard Jaeger (CSU), der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. von Brentano und der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses Abgeordneter H. Schmitt-Vockenhausen (SPD). In der Diskussion meldeten sich außerdem der SPD-Abgeordnete Seuffert und der CDU-Außenpolitiker Abgeordneter Freiherr von Guttenberg zu Wort. Das Überraschend starke, erneute Bekenntnis dieses so offenen Strauss-Gegners zu einem befristeten Zusammenwirken von CDU/CSU und SPD in einer Bundesregierung zum Zwecke der nach innen und aussen zu dokumentierenden Stabilisierung und Stabilität unserer demokratischen Ordnung und unseres Rechtsstaates als Teil der westlichen Allianz gab der Münchener Tagung von der Seite der Christdemokraten her ihren politischen Akzent.

Bei aller Deutlichkeit der Auffassungsunterschiede im Grundsätzlichen und vor allem im Aktuellen war zum Abschluß dieses bemerkenswerten Münchener Versuchs ganz betont das Fazit einer Reihe von bedeutsamen Übereinstimmungen in politischen Lebensfragen:

- \* Das absolute Bekenntnis zur freiheitlichen
- \* Demokratie und zu ihrem mit allen legalen
- \* Mitteln zu schützenden Rechtsstaat,
  
- \* das absolute Bekenntnis zum Grundgesetz und
- \* seinen verteidigungswürdigen Werten und Rech-
- \* ten,
  
- \* das absolute Bekenntnis zur freiheitlich-
- \* demokratischen Gewaltenteilung,

- \* das absolute Bekenntnis zum demokratischen Parlamentarismus,
- \* das absolute Bekenntnis zur westlichen Allianz und
- \* das absolute Bekenntnis zur deutschen Zentralforderung nach Wiedervereinigung.

Von diesen festen Stützpunkten aus sind in den beiden großen Parteien, wie München augenfällig bewiesen hat, starke Kräfte am Werk, die den Graben des unheilvollen Feindverhältnisses überwinden und ausfüllen wollen, das in erbitterten Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und SPD jahrelang das politische Leben der Bundesrepublik zerrissen hat. Das Ziel dieses Grabenausfüllens muß und kann keineswegs nur eine "große Koalition" sein, weil z.B. für die SPD mögliche Koalitionen kein Dogma sind, sondern klare Zweckmäßigskeitsfragen.

Der Mut und die Wahrhaftigkeit, mit denen Herbert Wehner mit Unterstützung von Schmitt-Vockenhauser vor den Mitgliedern und Freunden der "Katholischen Akademie in Bayern" das Bild der deutschen Sozialdemokratie, des Godesberger Programms und des Jahres 1963 aufzeigten und damit Schritt für Schritt, Stück für Stück die aus dem Geschehen der jüngsten Vergangenheit begreifliche Reserve und Skepsis ihrer Zuhörer durchbrachen und aufrissen, hinterliessen einen starken Eindruck. Die wache Aufmerksamkeit, die sich die beiden Sozialdemokraten in diesem katholisch-bayerischen Forum für die Anliegen, die Forderungen und die Bereitschaft ihrer großen Partei erzwingen und erhielten, läßt hoffen und sogar erwarten, daß die Begegnung im Münchener Kardinal-Wendel-Haus nicht nur ein vorübergehendes, wenn auch noch so bedeutsames innenpolitisches Ereignis gewesen ist. Daran sollte auch das dem Eifer politischer Professoren zuzuschreibende, gar zu einseitige Befassen mit Wahlrechts-Teilproblemen gewiss nichts ändern.

Beide Seiten haben sich als Lohn ihrer bewußten und fairen Sachlichkeit tragfähige Ausgangspositionen für ein weiteres künftiges Aneinander-Herantasten geschaffen. Dabei wird es trotz aller Betonung eines möglichen, unter übergeordneten demokratischen Gesichtspunkten zu sehenden Zusammenwirkens sicher um m e h r gehen müssen, als nur um eine praktische Gemeinsamkeit im Abwehrkampf gegen den Gegner im Osten, wie es Dr. Jaeger in zweifellos zu enger Begrenzung noch haben wollte.

In einem so beschränkten Anti-, im ausschließlich Negativen und im bloßen Notstandsdenken allein läßt sich dieses Zusammenwirken nicht als der große Schritt über den Graben begreifen, als der er gemeint ist und gemeint sein muß. Der Tenor dieses Vorwärtsgehens und der Aufruf zum Zusammenwirken muß vor allem im stabilisierenden Wollen zur tatkräftigen Erfüllung der so überaus drängenden Aufgaben des Gemeinwohls liegen. Wer in München Ohren hatte zu hören, der vermochte zu erkennen, daß dieses Ziel reale Verwirklichungschancen hat, auch wenn auf dieser Straße noch Steine und Dornen zu Hauf liegen.

## Am Beispiel der jungen Generation

Von Waldemar Ritter

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß bedeutende Ereignisse innerhalb der jungen Generation von weithin hörbaren Paukenschlägen begleitet werden. Wie unbegründet diese Meinung ist, zeigten zwei internationale Zusammenschlüsse, deren Bedeutung für eine solide jugendpolitische Arbeit in Europa und in der gesamten westlichen Welt schon heute absehbar erscheint.

Nach einjähriger Diskussion wurde in London der Europäische Jugendrat (CENYC-Council of European National Youth Committees) gegründet. Vertreter nationaler Komitees der WAY, beziehungsweise Vertreter nationaler Zusammenschlüsse von Jugendverbänden aus Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Holland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und aus der Türkei nahmen an der konstituierenden Sitzung teil. Der erste Präsident wurde der Vorsitzende des deutschen Bundesjugendringes (gleichzeitig auch Vorsitzender des vor wenigen Wochen neu begründeten deutschen Nationalkomitees der WAY), Pastor Heinz-Georg Binder. Nach seiner Satzung ist der CENYC das europäische Beratungskomitee der WAY, das verantwortlich ist, für die Beratung der WAY-Organe in Angelegenheiten, die die europäische Jugendarbeit betreffen.

Neben dieser grundsätzlichen Aufgabenstellung zeichnen sich bereits jetzt einige konkrete Aufgaben deutlich ab. Es ist unter anderem geplant, gute gegenseitige Informationen über die außerschulische Erziehung zu geben und dabei besonders die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den staatlichen Initiativen und den Initiativen der freien Verbände zu prüfen. Man will Kulturgruppen austauschen, multilaterale Treffen von Jugendleitern auf der europäischen Ebene durchführen und dafür sorgen, daß es zu wirklich internationalen Fachtagungen über Probleme der jungen Generation in Europa kommt.

Mit dieser Aufgabenstellung hat die europäische Jugendarbeit einen großen Schritt nach vorne gemacht. Hier wird das ganze Europa gesucht. Hier ist man gewillt, den Beitrag der jungen Generation zum großen Europa zu geben.

Gerade aus der deutsch-französischen Sicht sollte nun begriffen werden, daß es keine gute Sache ist, als Ausfluss des deutsch-französischen Vertrages für den deutsch-französischen Jugendaustausch 20 Millionen DM auszugeben und für die gesamte internationale Jugendarbeit, also für den Jugendaustausch zu allen anderen Staaten, nur 1/4 davon. Niemand wird etwas gegen die deutsch-französische Verständigung haben. Niemand wird dagegen sein, wenn der Jugendaustausch zwischen diesen beiden Ländern an erster Stelle rangiert. Aber hier sind einfach die Relationen verschoben. Daß sie unausgesprochen durch die Gründung der CRNYC wieder gerade gerückt wurden, ist ein Verdienst der vierzehn europäischen nationalen Jugenddachverbände, zu denen auch die Deutschen und die Franzosen gehören.

Noch deutlicher als der CENYC hat sich zur gleichen Zeit die Dritte Atlantische Konferenz Junger Politiker mit der europäischen Integration beschäftigt. Diese Konferenz, die hier in Bonn den Bund Atlantischer Jugend (ATLANTIC political Youth Association) gründete

- ist sich der Wichtigkeit eines starken und vereinter Europas bewußt,
- hofft, daß das Scheitern der Verhandlungen um die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nur vorübergehend ist,
- ist der Meinung, daß positive Schritte unternommen werden müssen, um die Bemühungen um ein größeres und demokratisches Europa wieder in Bewegung zu setzen.

Die Gründung und die Aufgabenstellung dieser beiden internationalen Dachverbände der jungen Generation ist eine praktische und zielgerichtete Sache. Hier wurde nicht mit ideologischer Verbrämung und pathetischer Begeisterung gearbeitet so wie es uns aus einigen Ereignissen früherer Jahrzehnte bekannt ist, sondern nüchtern, kritisch und verantwortungsbewußt. In diesem Sinne haben die europäischen und amerikanischen Vertreter der jungen Generation ein verhältnismässig klares Bild über die zukünftige Gestaltung internationaler Politik. Wenn sie nicht nur Ausnahmeerscheinungen in ihren Ländern sind, - und nichts spricht dafür, daß es so ist - ist die Frage nach der atlantischen Partnerschaft und die Frage nach einer großen europäischen Integration in jedem Fall nur ein Zeitproblem.

## Abschreckende Wirkung der Todesstrafe?

Von Bruno Kuster, Genf

Die Nützlichkeit der Todesstrafe vom Standpunkt der Verbrechensbekämpfung aus konnte bisher nicht bewiesen werden, stellte soeben ein Expertenausschuß der Vereinten Nationen fest. Um diese immer noch unstrittene Frage zweifelsfrei abzuklären, wären weit umfangreichere und gründlichere Forschungen auf diesem Gebiet nötig.

Der Ausschuß befaßte sich auch mit den Vorbereitungen für den dritten Kongreß der Vereinten Nationen für die Verbrechensvorbeugung und die Behandlung der Gesetzesbrecher, der im Jahre 1965 in Stockholm stattfinden wird. Er wird sich ausschließlich mit der Vorbeugung gegen die Kriminalität beschäftigen und ist berufen, in dieser Richtung eine höchst wichtige erzieherische Rolle in der Welt zu spielen. Deshalb ist vorgesehen, dieses und nächstes Jahr in Lateinamerika, in Nahen Osten, in Asien und in Afrika vorbereitende regionale Konferenzen durchzuführen, um den Boden für eine moderne Auffassung über den Schutz der Gesellschaft vor Verbrechern vorzubereiten. Im Mittelpunkt der Aussprachen stehen Themen wie die sozialen Veränderungen im Zusammenhang mit der Vorbeugung gegen die Kriminalität, die Rolle der Öffentlichkeit, der Familie, der Schule und der Arbeit. Ein zweiter Themenkreis befaßt sich mit der Verhütung der Rückfälligkeit und den zur Erreichung dieses Zielles sozialerzieherischen Methoden.

Zweck dieser großangelegten Bemühungen ist nicht die Vervollkommnung der Polizeiapparate aller Länder, sondern die Aufspürung der Ursachen der Kriminalität und deren Beseitigung. Deshalb werden auch die Internationale Arbeitsorganisation, die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation an den Arbeiten mitwirken.

Im Expertenausschuß der Vereinten Nationen kamen Anhänger und Gegner der Todesstrafe zu Wort, jedoch erkannten sie gemeinsam an, daß unter den Spezialisten des Strafrechts die Gegner der Todesstrafe überwiegen. Selbst jene Fachleute, die sich der Abschaffung der Todesstrafe widersetzen, sprechen sich zugunsten einer Einschränkung ihres Anwendungsbereichs aus.

Die Standpunkte der beiden Lager können folgendermassen zusammengefaßt werden: Die Befürworter billigen der Todesstrafe die größte Abschreckungswirkung zu und erblicken in ihr ein unersetzliches Mittel zur Verteidigung der Gesellschaft. Die Gegner weisen diese Auffassungen als völlig unbegründet zurück und erklären, der Staat versetze sich selbst ins Unrecht, wenn er Menschenleben vernichtet; die Höchststrafe verhindert die Revision von Justizirrtümern und steht im offenen Widerspruch zu den Bemühungen, den Verbrecher wieder in die menschliche Gesellschaft zurückzuführen.

Trotz dieser grundlegenden Differenzen gelangte der Ausschuß zu einigen gemeinsamen Schlußfolgerungen: die Regierungen sollen ersucht werden, Untersuchungen über die abschreckende Wirkung der Todesstrafe durchzuführen. Angeklagten, denen die Todesstrafe droht, müssen weitgehende prozessrechtliche Verteidigungsmöglichkeiten geboten, ihre Lage muß von ärztlichen, psychologischen und sozialen Standpunkt aus untersucht werden.

Nicht mehr die Symptome, sondern die Ursachen der Krankheiten des Gesellschaftskörpers treten in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.